

# Stadtverordnetenversammlung

## Protokoll Nr. STV/07/2016

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 26.09.2016,  
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr  
Ende der Sitzung : 20:50 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Roland Wilde

#### **Stadtverordnete**

Herr Thomas Bellizzi  
Frau Doris Brandt  
Herr Christian Conring  
Herr Claas-Christian Dähnhardt  
Herr Jürgen Eckert  
Herr Peter Egan  
Herr Jörg Hansen  
Frau Anna-Margarete Hengstler  
Herr Dustin Holzmann  
Herr Tobias Koch  
Herr Hartmut Möller  
Frau Marleen Möller  
Herr Jochen Proske  
Herr Bela Randschau  
Frau Claudia Rathje  
Herr Achim Reuber  
Herr Christian Schmidt  
Herr Christian Schubbert-von Hobe  
Herr Matthias Stern  
Frau Martina Strunk  
Herr Michael Stukenberg  
Frau Doris Unger  
Herr Heino Wriggers

ab TOP 8

#### **Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Herr Yannick Klix  
Herr Angelius Krause  
Herr Christof Schneider

Kinder- u. Jugendbeirat, bis TOP  
15  
Behindertenbeirat, bis TOP 15  
Seniorenbeirat, bis TOP 15

## **Verwaltung**

Herr Michael Sarach  
Herr Thomas Reich  
Herr Peter Kania  
Herr Horst Kienel  
Frau Meike Niemann  
Frau Laura Pastorino  
Herr Mathias Horsch  
Frau Birgit Reuter

Bürgermeister

Referendarin FB II  
Veranstaltungstechnik  
Protokollführerin

## **Entschuldigt fehlt/fehlen**

### **Stadtverordnete**

Frau Carola Behr  
Herr Rafael Haase  
Herr Dirk Langbehn  
Herr Detlef Levenhagen  
Frau Monja Löwer  
Herr Hinrich Schmick  
Frau Karen Schmick

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2016 vom 18.07.2016
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
  - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
    - 6.2.1. Bericht über Mehrauszahlungen 2016/1. Halbjahr 2016 **2016/101**
    - 6.2.2. Berichtspflicht über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen gem. § 76 Abs. 4 Satz 5 GO **2016/093**
    - 6.2.3. Wahl des Seniorenbeirates
    - 6.2.4. Verleihung der Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel
    - 6.2.5. Spielplatz im Erlenhof
    - 6.2.6. Deckenerneuerung in der Manhagener Allee
    - 6.2.7. Finanzbericht Nr. 15/2016
7. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen f.d. STV - Umbesetzung von Ausschüssen **AN/053/2016**
8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 86 für das Grundstück "Kastanienallee", gelegen zwischen den Straßen Kastanienallee und Bahntrasse für die Flurstücke 149, 232, 230, 273 sowie teilweise 276, 295, 275, 272, 270, 294 der Flur 11 der Stadt Ahrensburg **2016/094**
  - Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 86 als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB
  - Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses
  - Beschluss zu den frühzeitigen Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB

- |     |   |                   |
|-----|---|-------------------|
| 9.  | Städtebauförderung: Beschluss des Einzelhandels- und Dienstleistungskonzeptes der Ahrensburger Innenstadt             | <b>2016/096/1</b> |
| 10. | Jahresabschluss 2014 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes                               | <b>2016/097</b>   |
| 11. | Kindertagesstätten der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Ahrensburg<br>- Instandhaltungskosten der Kindertageseinrichtungen - | <b>2016/080/1</b> |
| 12. | Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes   | <b>2016/103/1</b> |
| 13. | Durchführung eines Adventsmarktes ab 2017 und Folgejahre in der Innenstadt/Rondeel und Festlegung des Verfahrens      | <b>2016/087</b>   |
| 14. | Sanierung des Kunstrasenplatzes Hagener Allee<br>- Mehrauszahlung gemäß § 95 d GO Schleswig-Holstein                  | <b>2016/091</b>   |
| 15. | Antrag von Bündnis 90/Die Grünen f.d. BPA bzw. STV - Wohnraumförderung - AN 052/2016                                  |                   |

## 1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

## 2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## 3. **Einwohnerfragestunde**

Frau **Steinweg** berichtet, dass sie sich für die kommende Wahl des neuen Kirchengemeinderats der Ev.-Luth. Kirchengemeinde in Ahrensburg als Mitglied beworben hat. Der Wahlausschuss der Ev.-Luth. Kirchengemeinde hat ihre Bewerbung abgelehnt. Ihre Beschwerde gegen die Ablehnung des Wahlausschusses beim Kirchenkreisrat ist zurückgewiesen worden. Sie übergibt Bürgermeister Wilde die Unterlagen über die Ablehnung zur Kenntnis und beschwert sich über die Art und Weise, wie sie von der Kirche abgelehnt worden sei. Der Bürgermeister wird die Verwaltung prüfen lassen, inwieweit es sich um eine örtliche Angelegenheit handelt.

### **Anmerkung der Verwaltung:**

*Es handelt sich um keine örtliche Angelegenheit. Die Gemeinden sind für eine Aufgabe zuständig, wenn die Zuständigkeit nicht durch Gesetz einem anderen Träger der öffentlichen Verwaltung (Bund, Land oder sonstige Körperschaft bzw. Anstalt des öffentlichen Rechts) zugewiesen ist (vgl. § 2 Landesverwaltungsgesetz).*

Eine **Pächterin eines Kleingartens „Kastanienallee“** bittet um Auskunft über den Beginn des Bauvorhabens in der Kastanienallee, damit im Rahmen des Umzugs in einen anderen Kleingarten möglichst im Herbst auch entsprechende Umpflanzungen erfolgen könnten. Bürgermeister Wilde verweist auf die Beantwortung der Frage im Rahmen des Tagesordnungspunktes 8 "Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 86 für das Grundstück Kastanienallee".

#### **4. Festsetzung der Tagesordnung**

Stadtverordneter Hansen zieht im Namen von Bündnis 90/Die Grünen den Antrag „Wohnraumförderung“ (AN/052/2016) zurück, da im Rahmen der Beratung des Antrags im Bau- und Planungsausschuss am 21.09.2016 die Verwaltung zunächst beauftragt worden ist zu prüfen, in welcher Form die Intension des Antrags AN/052/2016 rechtssicher ermöglicht werden kann.

Bürgermeister Sarach beantragt im Wege der Dringlichkeit, die nicht öffentliche Beratung der Vorlagen-Nr. 2016/117, da berechnigte Interessen Einzelner dies erfordern. Die Stadtverordneten stimmen anschließend der Beratung der STV-Beschlussvorlage Nr. 2016/117 im Wege der Dringlichkeit mit einer 2/3-Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten gem. § 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ahrensburg in Verbindung mit § 34 Abs. 4 GO zu.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung der Tagesordnungspunkte der Vorlagen-Nr. 2016/117, der Gewerbesteuerangelegenheit, Vorlagen-Nr. 2016/085, der Gewerbesteuerangelegenheit, Vorlagen-Nr. 2016/086 in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten zu.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

Die Stadtverordneten stimmen anschließend der mit Einladung vom 15.09.2016 versandten Tagesordnung zu.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

#### **5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2016 vom 18.07.2016**

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

## **6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters**

### **6.1. Berichte gem. § 45 c GO**

Siehe **nicht öffentliche Anlage**.

In diesem Zusammenhang berichtet Bürgermeister Sarach, dass 4,5 Containereinheiten auf dem Grundstück der Volkshochschule aufgestellt worden sind. In Kürze wird der Schulungsbetrieb starten.

## 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

2016/101

### 6.2.1. Bericht über Mehrauszahlungen 2016/1. Halbjahr 2016

Die bisher im Haushaltsjahr 2016 vom Bürgermeister genehmigten über- und außerplanmäßigen Mehrauszahlungen von im Einzelfall bis 10.000 € werden zur Kenntnis genommen. Sie betragen im investiven Bereich **Anlage 1** = 8.207,39 € und im Ergebnishaushalt **Anlage 2** = 22.100,00 € (siehe Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/101).

2016/093

**6.2.2. Berichtspflicht über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen gem. § 76 Abs. 4 Satz 5 GO**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den öffentlichen Bericht des Bürgermeisters über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen, die über 50 € hinausgehen, für das Jahr 2015 zur Kenntnis (siehe Vorlagen-Nr. 2016/093).

### **6.2.3. Wahl des Seniorenbeirates**

Bürgermeister Sarach berichtet, dass die kommende Wahl des Seniorenbeirates am 22.02.2017 stattfindet.

Spätestens bis zum 11.01.2017, 16:00 Uhr, sind die Kandidatenvorschläge einzureichen. Die Terminplanung ist als Anhang der Niederschrift beigefügt (s. **Anlage**).

### **6.2.4. Verleihung der Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel**

Bürgermeister Sarach teilt mit, dass auf Vorschlag des Bürgermeisters der Stadt Ahrensburg der Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein beabsichtigt, Herrn Bürgervorsteher Wilde für sein langjähriges verdienstvolles kommunalpolitisches Wirken die Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel zu verleihen. Die Verleihung soll in einer Feierstunde am 02.11.2016 im Landeshaus in Kiel erfolgen.

### **6.2.5. Spielplatz im Erlenhof**

Am 08.09.2016 wurde von der LEG der erste Spielplatz im Neubaugebiet Erlenhof an die Stadt Ahrensburg übergeben. Vorgegangen war ein Beteiligungsverfahren mit Kindern aus der Umgebung.

### **6.2.6. Deckenerneuerung in der Manhagener Allee**

Die Stadt Ahrensburg hat während der Sommerferien erfolgreich eine Deckenerneuerung in der Manhagener Allee vom Tunnel bis zur Einmündung Vierbergen durchgeführt. Trotz des sehr regnerischen Wetters konnte die Maßnahme im Zeit- und Kostenrahmen bleiben. Es wurde hauptsächlich die Deckschicht erneuert. Aufgrund der hohen Vorschädigung musste in der Manhagener Allee in den Kreuzungsbereichen auch die darunter liegende Binderschicht ebenfalls erneuert werden. Auf Höhe der Christel-Schmidt-Allee musste der Belag der Bushaltestelle getauscht werden.

Das Land Schleswig-Holstein bezuschusst die Deckenerneuerung in der Manhagener Allee mit ca. 190.000 €. Den betroffenen Anwohnern dankt die

Stadt für ihr Verständnis während der Einschränkung.

Stadtverordneter Koch bittet um Auskunft, warum nicht mit der Deckenerneuerung im gleichen Jahr die beschlossene Erneuerung des Fuß- und Radweges in der Manhagener Allee erfolgt ist.

### **Anmerkung der Verwaltung**

Die für die Haushaltsjahre 2016 bis 2018 veranschlagten Kosten entsprechen dem CDU-Antrag AN 005/2016 und sind Beschlusslage. Ein zeitgleicher Ausbau mit der Deckenerneuerung war nicht möglich. Haushaltsmittel hierfür standen nicht zur Verfügung.

Der BPA hat am 03.02.2016 dazu beraten, die STV am 22.02.2016 diesen beschlossen.

Über die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung (VE) wurde nicht abgestimmt. Daher wurde zum Ausbau der Geh- und Radwege keine VE ausgewiesen. Angesichts der mit der Genehmigung des Haushalts 2016 zu reduzierenden Verpflichtungsermächtigungen von 4,915 Mio. € auf 4,0 Mio. € hätte diese ohnehin ggf. zur Disposition gestanden.

Im Zuge der Deckenerneuerung Manhagener Allee kann nicht zeitgleich der Neuausbau der beidseitigen Geh- und Radwege Manhagener Allee erfolgen. Dies würde eine gemeinsame Ausschreibung mit den Arbeiten des Geh und Radweges bedeuten, sodass auch nach der Genehmigung des Haushaltes im April 2016 mit der Vermessung und den Planungen begonnen werden könnte. Danach hätte eine Vorlage erarbeitet und eine Anliegerversammlung durchgeführt werden müssen, da es sich um eine beitragsfähige Ausbaumaßnahme handelt. Nach der Anliegerversammlung hätte der BPA dann darüber abstimmen müssen und erst danach hätten Ausschreibung und gemeinsame Veröffentlichung für die gemeinsame Baumaßnahme Geh- und Radweg und Deckenerneuerung erfolgen können. Somit wäre die Deckenerneuerung Manhagener Allee in 2016 gefährdet gewesen, damit auch die beantragten Landesmittel.

Ferner seien die Arbeiten a) Pflasterung Geh und Radweg und b) Asphaltierung der Manhagener Allee sehr unterschiedliche Tätigkeiten, so dass bei einer gemeinsamen Ausschreibung auch getrennte Firmenanteile während der Ausführung betroffen gewesen wären. Ein wirtschaftlicher Vorteil sei daher nicht gegeben. Es werde ferner befürchtet, dass die Verkehrsbehinderungen noch stärker gewesen wären. Die Organisation der Baumaßnahme Manhagener Allee war ohnehin sehr aufwändig, da nur eine kurze, aber notwendige, Vollsperrung der Manhagener Allee in den Sommerferien möglich war.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass die Planung derzeit läuft, um einseitig in 2017 einen neuen Geh- und Radweg herzustellen und 2018 den zweiten.

### **6.2.7. Finanzbericht Nr. 15/2016**

Der Finanzbericht Nr. 15/2016 ist als **Anlage** beigefügt. Anfang Oktober 2016 wird die nächste Quartalsrate der Einkommenssteuer von ca. 4 Mio. € eingehen. Danach wird zu entscheiden sein (im Finanzausschuss am 10.10.2016), ob und in welcher Höhe zur Liquiditätssicherung vorübergehend ein Kassenkredit oder ob ein Teilkredit zur dauerhaften Investitionsfinanzierung aufzunehmen ist.

Der nächste Steuertermin ist der 15.11.2016 (Grund- und Gewerbesteuer ca. 6 Mio. €).

**AN/053/2016**

**7. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen f.d. STV - Umbesetzung von Ausschüssen**

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen „Umbesetzung von Ausschüssen“ (AN/053/2016) einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

8. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 86 für das Grundstück "Kastanienallee", gelegen zwischen den Straßen Kastanienallee und Bahntrasse für die Flurstücke 149, 232, 230, 273 sowie teilweise 276, 295, 275, 272, 270, 294 der Flur 11 der Stadt Ahrensburg**
- **Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 86 als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB**
  - **Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses**
  - **Beschluss zu den frühzeitigen Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB**

**Anmerkung der Verwaltung**

*Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung des Tagesordnungspunktes nicht ausgeschlossen.*

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses, Herr Möller, hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Hansen erklärt, dass die Pächter des Grabelandes im Bereich der Kastanienallee in der Vergangenheit mehrmals vertröstet worden seien. Die Warteliste derjenigen, die Interesse an einem Kleingarten hätten, sollte online bereitgestellt werden. Das Verfahren sei im Rahmen der Planung des Krankenhauses gestoppt und die leerstehenden Gärten jedoch nie wieder vergeben worden. Er fordert die Verwaltung auf, die Gärten, die jetzt aufgegeben werden, möglichst schnell wieder zu besetzen. Dies sei unabhängig vom B-Plan-Verfahren, damit die Menschen, die ihren Garten aufgeben müssen, auch möglichst schnell wieder einen neuen Garten bekämen.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass die Verwaltung aktuell mit sämtlichen Pächtern, die über Parzellen verfügen, in Kontakt ist. Die derzeitige Planung sieht vor, dass jeder wieder eine Parzelle erhalten werde. Der aktuelle Zeitplan hängt vom Fortschritt des vorhabenbezogenen B-Plans ab. Die Planungen zum Baubeginn laufen nach derzeitigem Kenntnisstand auf das Jahr 2018 hinaus.

Stadtverordneter Koch erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass der vorhabenbezogene B-Plan auf einen Antrag der CDU-Fraktion vom November 2014 zurückzuführen ist und verweist auf das lange andauernde Verfahren. Auch er würde von einem Baubeginn erst im Frühjahr 2018 ausgehen.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/094 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

**9. Städtebauförderung: Beschluss des Einzelhandels- und Dienstleistungskonzeptes der Ahrensburger Innenstadt**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses, Herr Möller, hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Egan führt im Namen der WAB-Fraktion aus, dass das Einzelhandelskonzept offensiver vertreten werden sollte. Ahrensburg habe eine hohe Kaufkraft mit einer positiven Einzelhandelsentwicklung, einer Zunahme von 912 Einwohnern im Jahr 2015, einen hohen Zuzug von Einwohnern und einem hohen Pendlerverkehr. Er plädiert in Ahrensburg für mehr Mut zur Entwicklung, zu Wachstum und zu Parkplätzen.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion, erklärt, dass die Entscheidung der Gremien im Jahr 2012, ein Sortiment festzulegen, was ausschließlich in der Innenstadt angeboten werde, richtig sei, um die Innenstadt zu schützen. Das Gutachten „Einzelhandels- und Dienstleistungskonzept Ahrensburger Innenstadt“ erhalte jedoch keine repräsentativen Umfragen, es sei auch in dem Zeitraum keine ausreichende Anzahl von Personen befragt worden. Es würden Beschlüsse auf der Grundlage einer Umfrage „einer verschwindend kleinen Menge“ gefasst werden. Er plädiert an die Verwaltung, zukünftig Gutachten vorzulegen mit Zahlen, mit denen man arbeiten könne.

Die Stadtverordneten nehmen Punkt 1 des Beschlussvorschlages der Vorlagen-Nr. 2016/096/1 zur Kenntnis.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über Punkt 2 des Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/096/1 wie folgt ab:

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

## 10. Jahresabschluss 2014 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses, Herr Conring, hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Egan erklärt, dass das Jahresergebnis aufgrund von höheren Steuereinnahmen und positiver Abweichung bei nahezu allen Aufwandspositionen deutlich besser als geplant sei. Er appelliert an die Stadtverordneten im Rahmen des Haushaltsentwurfs 2017 die entsprechenden Positionen zu hinterfragen. Er verweist darauf, dass entsprechend den Bilanzen das Sachanlagevermögen bei 156 Mio. € nahezu konstant geblieben sei. Es würden ca. 6 Mio.€ pro Jahr investiert, was ungefähr den Abschreibungen entspreche. Das Sachanlagevermögen im Bereich Kita und Schulen sei um ca. 6 Mio. € gestiegen, jedoch sei der Nettovermögenswert der Straßen und Tunnel in Ahrensburg im gleichen Zeitraum um ca. 6 Mio. € gesunken. Grund seien nicht zu geringe Mittel. Die liquiden Mittel seien in diesem Zeitraum um 5 Mio. € auf 10 Mio. € gestiegen. Jedes Jahr seien eine Million Kredite im Rahmen des ppp-Modells getilgt worden, somit seien 11 Mio. € zusätzlich an Liquidität gewonnen worden. Wenn es gelingt, einen ausgeglichenen Haushalt 2017 zu schaffen, seien auch ausreichende Mittel für Straßenbauten und energieeffiziente Gebäude vorhanden.

Stadtverordneter Reuber spricht sich im Namen der SPD-Fraktion gegen Steuerminderungen aus und verweist auf die Erforderlichkeit der Steuereinnahmen für den Straßenausbau, Investition in Schulen, Kindertagesstätten etc., um ein lebenswertes Ahrensburg zu schaffen und zu erhalten.

Stadtverordneter Koch erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass in den vergangenen Jahren aufgrund der „tiefroten Zahlen in den Planungsansätzen der Verwaltung“ nicht investiert worden sei. Der tatsächliche Liquiditätsaufbau bzw. Überschuss von über 10 Mio. € sei nicht bekannt gewesen. Aufgrund falscher Planungen habe man hiervon nicht gewusst und deshalb keine Maßnahmen vorgesehen. Auch die Steuererhöhung 2014 habe nicht zu mehr Investitionen geführt, sondern dass die Mittel ungenutzt auf dem Konten liegen, da diese nicht verbaut worden seien.

Nach weiteren Wortbeiträgen durch Stadtverordneten Stukenberg und Bürgermeister Sarach stimmen die Stadtverordneten der Ziffer 1 des Beschlussvorschlages der Vorlagen-Nr. 2016/097 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

Ziffer 2 des Beschlussvorschlages der Vorlagen-Nr. 2016/097 wird zur Kenntnis genommen.

**11. Kindertagesstätten der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Ahrensburg  
- Instandhaltungskosten der Kindertageseinrichtungen -**

Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses, Frau Brandt, hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Randschau erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass die SPD-Fraktion grundsätzlich ein Problem damit habe, für die Liegenschaften Dritter Investitionen zu tätigen. Wenn die Kirche nicht aus eigenen Mitteln die Investitionen tätige könne, wäre eine Veräußerung an die Stadt Ahrensburg zu überlegen. Gerade unter Berücksichtigung der erheblichen Bedarfe in den Kinderbetreuungseinrichtungen unter Hinweis auch auf die bei weitem fehlenden Kapazitäten im Erlenhof ist die Stadt an neuen Standorten und Erweiterungsmöglichkeiten an bestehenden Standorten interessiert. Gerade am Standort „Kleine Nordlichter“ bestehe die Möglichkeit der massiven Erweiterung. Die Kirche würde jedoch eine entsprechende für die Stadt interessante Investition nicht tätigen. Er beantragt getrennte Abstimmung des Beschlussvorschlages. Die Dachsanierung der Kita Schulstraße sei tatsächlich dringend sanierungsbedürftig. Im Bereich der „Nordlichter“ - Sanierung des Flures, Gruppen und Sanitärbereiche in der Kita Kleine Nordlichter - sieht die SPD-Fraktion diese Dringlichkeit nicht.

Stadtverordneter Stukenberg von der FDP-Fraktion verweist auf § 8 Abs. 1 des Kindertagesstättengesetzes, der wie folgt lautet: „Soweit geeignete Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe betrieben und rechtzeitig geschaffen werden, sollen die Gemeinden von eigenen Maßnahmen absehen.“ Sofern die Kirche bereit sei, diese Einrichtung weiter zu betreiben, gebe es keine Veranlassung dazu, diese Einrichtung von der Stadt zu überplanen. Nichtsdestotrotz müsse mit der Kirche Kontakt aufgenommen werden, ob sie mehr Plätze schaffen können. Die Sanierungen seien erforderlich. Sanierungen seien jedoch Bestandteil der Betriebskosten der Einrichtungen. 80 % hiervon zahle die Stadt und die Eltern, sodass auch Elternbeiträge in diesem Zusammenhang gem. dem Kindertagesstättengesetz ansteigen würden. Dementsprechend sollte auch der Zuschuss an die Evangelische Kirche nicht um 40.000 € im Jahr sondern lediglich um 20.000 € jährlich erhöht werden.

Stadtverordneter Proske führt für die SPD-Fraktion aus, dass die beiden Kitas in kirchlicher Trägerschaft belassen werden sollten. Es sollte jedoch überlegt werden, ob aufgrund der dringend benötigten auch zusätzlichen Plätze im Elementarbereich die Stadt in Grundstückskaufvertragsverhandlungen mit der Kirche eintreten sollte.

Stadtverordnete Brandt von der CDU-Fraktion erklärt, dass die Lebenshilfe einen Anbau auf eigene Kosten finanziere und die Stadt den Anbau mit abzahle. Gleiches Prozedere erfolgte mit der Kita der Katholischen Kirche. Es seien somit Maßnahmen in der Stadt Ahrensburg in ähnlicher Weise in der Vergangenheit erfolgt. Sie verweist auf die nicht mehr zeitgemäßen Räum-



**12. Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes**

Stadtverordnete und Vorsitzende des Umweltausschusses, Frau Möller, hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt, dass die FDP-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Einige Punkte, die im Konzept aufgeführt sind, seien sinnvoll, würden jedoch bereits durch die Verwaltung, wie Energiemanagement, Umstellung auf LED, Heizungsmanagement durchgeführt. Das Konzept enthalte außerdem Maßnahmen, wo man sich frage, ob diese notwendig seien und diese erste Priorität haben würden, wie „Energie- und Umweltlogo für die Stadt Ahrensburg“, Zeitungskolumne Energie- und Klimaschutz herausbringen sowie Durchführung von Vorträge für Laien. Letztere könnten durch Dritte wie BUND außerhalb der Stadt besser durchgeführt werden. Die erforderliche Bereitstellung einer Stelle im Stellenplan koste der Stadt Geld aus Steuermitteln. Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass man die Steuermittel besser einsetzen könne. Umweltschutz ist wichtig, die Verwaltung sei jedoch so gut aufgestellt, dass nicht zusätzliche Kapazitäten und Mittel erforderlich seien. Die FDP-Fraktion wird die Vorlage ablehnen.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/103/1 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**19 dafür  
4 dagegen  
1 Enthaltung**

**2016/087**

**13. Durchführung eines Adventsmarktes ab 2017 und Folgejahre in der Innenstadt/Rondeel und Festlegung des Verfahrens**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses, Herr Schubbert-von Hobe, hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/087 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

**2016/091**

**14. Sanierung des Kunstrasenplatzes Hagener Allee  
- Mehrauszahlung gemäß § 95 d GO Schleswig-Holstein**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses, Herr Schubbert-von Hobe, hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/091 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

15. **Antrag von Bündnis 90/Die Grünen f.d. BPA bzw. STV - Wohnraumförderung - AN 052/2016**

**- A b g e s e t z t -**

gez. Roland Wilde  
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter  
Protokollführerin